



Interpellation Nr. 231 2010/2012

Eingang Stadtkanzlei: 30. August 2011

Ältere Migrantinnen und Migranten in der Pflege

In naher Zukunft wird die Zahl der älteren und pflegebedürftigen MigrantInnen, die einst als Gastarbeiter in die Schweiz gekommen sind, steigen. Ein Drittel der pensionierten MigrantInnen kehrt in ihr Heimatland zurück, ein Drittel pendelt zwischen beiden Ländern und ein Drittel bleibt auch nach der Pensionierung in der Schweiz. Ältere MigrantInnen sind weniger gesund als SchweizerInnen und häufiger von Armut betroffen. Viele von ihnen haben aus unterschiedlichen Gründen die deutsche Sprache nur beschränkt gelernt.

Bisher ist die Gruppe der alten Migrantinnen und Migranten noch relativ klein und tritt in Pflegeheimen, bei ambulanten Pflegediensten, Beratungsstellen usw. (noch) selten in Erscheinung. Die Ursachen dafür, dass sie Hilfeangebote nur selten in Anspruch nehmen, sind unterschiedlich. An erster Stelle stehen Sprachbarrieren, kulturelle Vorbehalte, aber auch mangelnde Information über vorhandene Angebote.

Es ist jedoch anzunehmen, dass auch in den städtischen Betagtenzentren MigrantInnen das Angebot der Altersbetreuung in Anspruch nehmen oder in Zukunft nehmen werden, auch wenn ältere MigrantInnen einem stationären Betreuungsmodell im Allgemeinen skeptisch oder sogar ängstlich gegenüberstehen. Es stellt sich die Frage, wie auf die Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten älterer MigrantInnen in der Alterspflege eingegangen werden kann.

Die SP/JUSO-Fraktion möchte deshalb vom Stadtrat Folgendes wissen:

1. Wie viele ältere MigrantInnen werden in den nächsten Jahren pensioniert und wie viele werden potenziell die städtischen Betagtenzentren beanspruchen?
2. Wie bereitet sich der Stadtrat auf diese zukünftige Herausforderung in der Alterspflege vor; in Bezug auf die Qualifizierung des Personals in transkultureller Kompetenz, auf Essgewohnheiten und Speisevorschriften anderer Religionen sowie auf besondere Erfordernisse und Wünsche, die hinsichtlich der Pflege nötig sind?
3. Mit welchen Massnahmen stellt der Stadtrat sicher, dass ältere MigrantInnen einen gleichberechtigten Zugang zum städtischen Altersbetreuungssystem erhalten?

4. Wie kann die bestehende Regelversorgung auch für MigrantInnen durch bedürfnisgerechte Massnahmen geöffnet werden?
5. Wie steht der Stadtrat zu Abteilungen für spezielle Gruppen von MigrantInnen, wie z. B. der mediterranen Wohngruppe im Alterszentrum Falkenstein in Basel?

Ylfete Fanaj, Theres Vinatzer und Alice Heijman
namens der SP/JUSO-Fraktion